

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Bericht von der Klausurtagung des Rats für Entwicklungszusammenarbeit am 21.9.2015 in Stuttgart

An der Klausurtagung des Rats für Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (REZ) nahmen neben den Mitgliedern des Rates für Entwicklungszusammenarbeit VertreterInnen der verschiedenen Landesministerien in der Interministeriellen Arbeitsgruppe Entwicklungszusammenarbeit (IMA) und Eine-Welt-PromotorInnen teil. Die entwicklungspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen waren eingeladen, aber nicht vertreten.

Ziel dieser jährlich im Herbst stattfindenden „entwicklungspolitischen Landesklausur“ ist die Vernetzung der entwicklungspolitischen Aktivitäten in Baden-Württemberg. Schwerpunkt der diesjährigen Klausurtagung war darüber hinaus die Frage, ob und wie der Paradigmenwechsel der Sustainable Development Goals (SDGs) die Rolle der Organisationen des entwicklungspolitischen Dialogs verändert.

Dr. Christoph Grammer vom Staatsministerium wies in seiner Begrüßung auf eine starke Überschneidung der SDGs und der Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Baden-Württemberg hin. Dennoch gelte es, neue Impulse aus den SDGs aufzugreifen.

Er begrüßte Philipp Keil als neuen Geschäftsführer der SEZ und als neues Mitglied im REZ.

Mauricio Salazar von der Evangelischen Akademie Bad Boll begrüßte alle Anwesenden und wies in seiner Einführung in die Veranstaltung auf die Strukturen der Weltgemeinschaft hin, die von Interessen und Machtkämpfen geprägt seien und uns vor große Herausforderungen stellten: Wie können wir einen Beitrag zu einem würdigen Leben weltweit leisten? Sind wir überhaupt in der Lage, hierfür einen Paradigmenwechsel zu entwickeln? Wo finden die breiten Konsultationen statt? Die SDGs seien für alle Staaten der Welt konzipiert worden, deshalb läge also die erste Herausforderung darin, sie aus der „Entwicklungsperspektive“ herauszulösen und sie vielmehr in einen Kooperationsrahmen für ein selbst festgelegtes Konzept für „gutes Leben“ oder Leben in Würde einzubetten.

Er begrüßte Herrn Dr. Mabanza, der ein Statement zum Thema vorbereitet hatte.

1. Statement von Dr. Boniface Mabanza zur Rolle der Sustainable Development Goals (SDGs)

Dr. Boniface Mabanza von der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) in Heidelberg bezeichnete seinen Vortrag als Problematisierung der Frage, welche Rolle die SDGs spielen können. Es gebe nicht die eine Südperspektive; ein Recht auf Pluralität sollte auch im Blick auf den Süden selbstverständlich sein. Die schweigende Mehrheit leide am meisten unter dem bestehenden Gesellschaftsmodell und sei durch Klimawandel und Armut mit dem Kampf ums Überleben beschäftigt. Die Stimme aus dem Süden, die Dr. Mabanza vertrete, sei die Stimme der Partnerorganisationen der KASA.

Dr. Mabanza bezweifelte, dass die SDGs einen Paradigmenwechsel darstellen. Die SDGs wie auch schon die MDGs stellten die Weltwirtschaftsordnung nicht in Frage. Entwicklungszusammenarbeit ist seiner

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Meinung nach nicht der entscheidende Politikbereich, sondern die Regulierung der Finanzströme und die Wirtschaftsstrukturen. Die Industrieländer pflegten nach wie vor einen imperialen Lebensstil, setzten ihren Zugang zu Ressourcen brutal durch und nahmen dafür auch die Umweltzerstörung in Kauf.

Zur aktuellen Flüchtlingssituation meinte Herr Dr. Mabanza, dass Bewegungsfreiheit für Kapital, Waren und Dienstleistungen selbstverständlich sei, während Bewegungsfreiheit für Menschen an klare Grenzen stoße. Dabei hätte eine Koppelung Vorteile: Migrantenerfahrungen und auch die Rücküberweisungen in die Heimatländer, die im Sinne einer Bekämpfung der Fluchtursachen politisch gesteuert werden könnten. Generell müsse die Bekämpfung der Fluchtursachen stärker berücksichtigt werden.

Er berichtete, dass die Partnerorganisationen der KASA nach globaler Gerechtigkeit und deren Auswirkungen auf nationaler Ebene fragten. Wenn Regierungen gleichzeitig SDGs mittrügen und Wirtschaftsabkommen mit der EU unterzeichneten, seien die Partner irritiert. Das sei auch ihre Anfrage an die Zivilgesellschaft im Norden: Diese Widersprüche so zu thematisieren, dass grundlegende Änderungen möglich würden.

Positiv wertete Herr Dr. Mabanza, dass die SDGs die Rolle der Industrienationen, den Aufbau globaler Partnerschaft für Entwicklung, Handel und Finanzströme stärker berücksichtigten. Menschenrechte würden angesprochen, allerdings seien Rechte auf Nahrung und Wasser nur in der Präambel angesprochen, aber nicht im Zielkatalog enthalten. Trotzdem blieben die SDGs hinter dem Anspruch des Erdgipfels von 1992 zurück. Es gebe bereits verbindlichere und weitreichendere Konventionen. Gerade jene umzusetzen, die in einem verbindlichen Rahmen entstanden seien, könne eine größere Dynamik entfalten, als neue Schlagworte zu formulieren.

In der Diskussion wurde die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen der Weltordnung bekräftigt und die Chance der Veränderung durch internationale Solidarität und die Nutzung von Spielräumen im jeweils eigenen Kontext betont. Zentral sei politische Beteiligung, um die faktische Macht der Konzerne zu brechen.

2. Statements der REZ-Organisationen zur Rolle der SDGs und die Bedeutung für ihre Arbeit

Claudia Duppel stellte für den DEAB fest, dass der Paradigmenwechsel von der Zivilgesellschaft schon lange gefordert werde. Von Anfang an sei der Fokus auf der Frage gelegen, was sich bei uns ändern müsse. Dieser Ansatz werde durch die SDGs besser legitimiert, der Zugang zur Politik könnte dadurch einfacher werden. Zivilgesellschaft müsse die Umsetzung der SDGs von der Politik einfordern und die Akzeptanz in unserer eigenen Gesellschaft befördern. Eine Herausforderung der nächsten Jahre liege auch darin, die Internationalisierung der Bewegung zu stärken für den Erfahrungsaustausch und Arbeitsteilung. Claudia Duppel würde es begrüßen, wenn mit den SDGs die Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg unter Beteiligung aller Akteure neu aufgestellt werde.

Nicole Kimmel von der SEZ sieht ihre Arbeit durch die SDGs gestärkt. Nachhaltiger Konsum und Bildungsarbeit seien wichtige Arbeitsbereiche, die noch zu intensivieren seien. Die SEZ sei neben der Bewusstseinsbildung stark in der Netzwerkarbeit, sie biete Plattformen an für gemeinsame Projekte in Baden-Württemberg, mit Privatpersonen, Verbänden, Initiativen und Vereinen. Aber auch viel Internationales sei entstanden im partnerschaftlichen Austausch, zum Beispiel mit Burundi.

Günter Burger betonte für den Städtetag Baden-Württemberg die Bedeutung der SDGs für die Kommunen, weil sie den politischen Druck insgesamt erhöhten. Der Bundesentwicklungsminister schreibe den Kommunen zwar eine wichtigere Rolle in der Zukunft zu, allerdings fehle es an finanzieller

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Unterstützung durch den Bund. Die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Kommunen variierten beträchtlich, es sei weitere Überzeugungsarbeit notwendig, um die Entwicklungszusammenarbeit in der Kommunalpolitik zu verorten, zu koordinieren, zu verzahnen und zu vernetzen.

Peter Scherhans, Vertreter der Evangelischen Kirchen, stellte fest, dass der Kulturwandel mitunter gelinge, z. B. bei der Energiewende oder in der Haltung gegenüber Flüchtlingen. Die SDGs gehörten auf die Agenda der Grundsatzabteilungen aller großen Organisationen, die auf diesem Hintergrund die eigenen Kernkompetenzen festlegen sollten. Für die Kirchen könnten das Armut, Hunger, Gesundheit, Bildung sein. In all diesen Bereichen stelle sich die strukturelle Frage. Die Aufgabe liege darin, diese Themen so zu bearbeiten, dass sie in den Organisationen kulturprägend wirken, dabei könnten die SDGs unterstützen.

Gabriele Winkler von Engagement Global Stuttgart berichtete, dass es von EG (noch) kein Papier zu den SDGs gebe, aber als Durchführungsorganisation des BMZ sei EG naturgemäß eng dran an den SDGs. Sie betonte die Bedeutung der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt für die Umsetzung von Projekten in Kommunen. Sie wies hin auf eine Veranstaltung am 27. Oktober 2015 in den Wagenhallen in Stuttgart im Rahmen des Beteiligungsprozesses zur Zukunftscharta, mit Bundesminister Gerd Müller und Peter Friedrich. Schwerpunktthema sei Klima und unser Beitrag.

Paulino Miguel vom Forum der Kulturen betonte den Aspekt Beteiligung, die z. B. mit einer erfolgreichen Veranstaltungsreihe mit Promotoren zum Thema Menschen auf der Flucht umgesetzt werde. Dabei werde mit Verantwortlichen in den Kommunen gesprochen, um gemeinsame Projekte umzusetzen. Er verwies auf eine Fachtagung im Forum der Kulturen mit dem Titel „Migrant, kompetent und engagiert“ und ein Theaterstück „Klimakatastrophe auf unserem Teller“. Für ihn sei die Zusammenarbeit von Migranten und Akteuren der EZ eine Leitfrage. Es dürfe kein Thema geben, zu dem Migranten nicht gefragt würden.

Sabine Trommershäuser, GIZ, erläuterte, die GIZ sei eine Durchführungsorganisation des BMZ, die ihre Arbeitsschwerpunkte eher im Ausland, z. B. in Burundi, habe. Sie verwies auf ein Programm zur Zusammenarbeit von Bundesländern und Bund zur Förderung von Maßnahmen aus den Bundesländern, die mit den Partnerorganisationen durchgeführt würden. Aktuell gelte es, Verwaltungsangestellte und den Bürgerprozess in Burundi zu unterstützen. Trotz der Teilsuspendierung der Burundi-Zusammenarbeit sei dies noch möglich.

Diskussion im Plenum

Elena Muguruza, DEAB und Fachpromotorin für den Fairen Handel, wies auf die Faire Woche mit bundesweit mehr als 2.000 Veranstaltungen hin. Die SDGs sehe sie als Grundlage, um den Zugang zur Politik zu verbessern. Mit der Kampagne „Mensch, mach Handel fair“, solle darüber informiert werden, dass multinationale Konzerne das Recht hätten, überall grenzenlos zu arbeiten, während die ArbeiterInnen nicht geschützt würden. Bei der Kampagne gehe es um die Umsetzung dieser UN-Leitlinien.

Pater Deogratias Maruhukiro von der Fondation Mariya Arafasha in Burundi betonte die Dringlichkeit der Bekämpfung von Fluchtursachen. Mehr als 175.000 Menschen seien aus Burundi in die Nachbarländer geflüchtet. Über die Krise, die mehr als 200 Tote gefordert habe, werde in den hiesigen Medien kaum berichtet. Einige Abgeordnete hätten sich bemüht, aber es sei zu wenig. Die Krise in Burundi drohe zur Krise in Afrika zu werden.

Johannes Lauterbach, Regionalpromotor Stuttgart, sieht das Promotorenprogramm selbst als kleinen Paradigmenwechsel, weil eine Struktur aufgebaut wurde. Die Promotoren arbeiteten noch daran, diese Struktur nutzbar zu machen. SDGs hätten auch die Tendenz zu kleinen Schritten, notwendig sei jedoch

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

ein großer Schritt. Er sei enttäuscht von den SDGs, weil er sich einen echten Impuls erwartet habe, ähnlich wie der, der von der Rio-Konferenz 1992 ausgegangen sei.

Dr. Christoph Grammer betonte abschließend, dass in Baden-Württemberg schon ein kleiner Paradigmenwechsel erfolgt sei durch den Beschluss der Entwicklungspolitischen Leitlinien, die auch die Notwendigkeit von Veränderungen im eigenen Land betonten. Es gebe eine gemeinsame, von Bürgern erarbeitete Agenda und viele konstruktive Schritte, die die Entwicklungspolitik voranbrächten. EZ sei Querschnittsaufgabe, alle Ressorts trügen dazu bei. In der internationalen Handelspolitik habe das Land allerdings wenig Einfluss. Die Zivilgesellschaft sei wichtig, die PromotorInnen könnten Promotoren der SDGs werden. Das Staatsministerium brauche das Feedback der Akteure und immer wieder neue Impulse.

Er fasste für die IMA zusammen: Das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen betreue den Entwicklungspolitischen Unternehmensdialog. Für das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst nannte er den CampusWELTbewerb und das Bildungsprogramm ASA. Auch im Bereich der Forschung seien EZ-Akzente gesetzt worden. Mit dem Städtetag gebe es Kooperationen. Die neuen Bildungspläne enthielten Globales Lernen, es gebe eine Vielzahl von Fair-Trade-Schulen in Baden-Württemberg. Zwei Mal im Jahr gebe es Förderprogramme für zivilgesellschaftliche Initiativen.

3. Die Ergebnisse der Handlungstische

Globales Lernen/Schulen (Sigrid Schell-Straub)

Planungen und Aufgaben im Rahmen des Promotorenprogramms für 2015:

- Am 6.10.15 findet in Reutlingen ein Kongress zum Globalen Lernen für Schulen statt. Es werden noch TeilnehmerInnen von Schulen gesucht.
- Bildungsplanreform: Die Entwurfsfassungen sind online einsehbar und können dort kommentiert werden. Der DEAB soll bis Ende Oktober einen Expertenkommentar dazu abgeben. Dazu wird noch Unterstützung gebraucht, Sigrid Schell-Straub bittet die Akteure des EZ um Kontakte oder eigene Beteiligung. Die Lehrplankommissionen werden im Nov/Dez die Anregungen einarbeiten.
- EZ-Akteure können als Zivilgesellschaft Fortbildungen für Lehrkräfte anbieten. Wichtig wäre die Anerkennung solcher Angebote als Fortbildung.
- Wichtig wäre die Verknüpfung von BNE-Kompass und Bildungsplänen. BNE-Kompass möglichst regional anbieten.

Weitere Themen, die die Arbeitsgruppe wichtig fand:

- Die Promotorin für Globales Lernen wird sich dafür einsetzen, die Themen Flucht und Migration und Diskriminierung und Diversität im Bildungsplan zu verankern.
- Burundi-Wochen: Können wir von der Partnerschaft Rheinland-Pfalz und Ruanda lernen, können wir Bildungspartnerschaften bilden?

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

- Kann das Konzept der Globalen Klassenzimmer ausgeweitet werden, z. B. mobile Formen? PH-Studierende oder ReferendarInnen können Konzepte in Regionen ausarbeiten und verbreiten.

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit und Zivilgesellschaft (Johannes Lauterbach)

- Die Relevanz der SDGs sollte entwicklungspolitischen Gruppen und Akteuren sichtbar gemacht werden. Sie können von zivilgesellschaftlichen Akteuren zur politischen Legitimation genutzt werden, z. B. um Landes- oder kommunale Akteure mitzunehmen.
- Die Aufmerksamkeit, die die SDGs jetzt auf sich ziehen, sollte von entwicklungspolitischen Akteuren genutzt werden, um sich zu positionieren und um zu mobilisieren. Später wird man sich auf einzelne Handlungsfelder konzentrieren müssen oder andere Anknüpfungspunkte finden.
- Die SDGs können eine gemeinsame Agenda darstellen für bestehende Strukturen wie z. B. das Promotorenprogramm oder Agendabüros, oder auf kommunaler Ebene für Zusammenführung, Vernetzung, Orchestrierung. Kommunale Runde Tische könnten anknüpfen an Agenda-Prozesse.
- Die entwicklungspolitischen Leitlinien müssen nun überprüft werden, inwieweit sie Lücken aufweisen in Bezug auf die SDGs.

Unternehmen (Gabriele Winkler und Martin Schwarz)

Die Arbeitsgruppe hat sich mit dem entwicklungspolitischen Unternehmensdialog und dessen Weiterführung beschäftigt.

- Viele Unternehmen engagieren sich, aber der Austausch ist noch nicht befriedigend. Hilfreich wäre es, Daten und Informationen zur Entwicklungszusammenarbeit aus den Unternehmen in Baden-Württemberg zu sammeln und in Form eines strukturierten Wissensmanagement interessierten Unternehmen zur Verfügung zu stellen (nach Ländern und nach Branchen). Auch die Außenhandelskammern könnten dazu beitragen.
- Politiker sollen gute Beispiele in allen ihren Reden erwähnen.
- Unternehmenspreise zu sozialer Verantwortung (wie LEA oder WIN) sollten für EZ-Engagement ausgelobt werden.
- Transparenz über das gesamte unternehmerische Engagement herstellen
- Mutterkonzerne können für ihre Töchter in Entwicklungsländern haftbar gemacht werden.
- Wie kann ein Paradigmenwechsel bei der Wahrnehmung von unternehmerischer Verantwortung stattfinden, so dass das Kerngeschäft thematisiert wird und nicht nur begleitende Projekte?
- Profit ist im Konzept des „Buen vivir“ aus Lateinamerika nur rentabel, wenn Natur und Menschenrechte berücksichtigt werden.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Flucht und Migration (Johannes Bielefeld und Paulino Miguel)

- Man wird sich politisch darauf einstellen müssen, dass uns Flucht und Migration noch jahrzehntlang begleiten wird. Deutschland darf keine Abschottungspolitik betreiben, sondern eine Einwanderungspolitik.
- Die Gruppe spricht Anerkennung für den Einsatz der BürgerInnen für Flüchtlinge aus, aber manche denken, die Situation fängt an zu kippen.
- Der Umgang mit Flüchtlingen ist zu verbessern. Das neunmonatige Arbeitsverbot muss fallen, Sprachkurse und integrationsmaßnahmen sind notwendig. Ca. 40 % der Flüchtlinge sind traumatisiert, sie brauchen Unterstützung.
- Daneben gilt es auch weiterhin Fluchtursachen zu bekämpfen und auch die Flüchtlingslager in den Nachbarländern Syriens zu unterstützen.
- Erfahrungen aus Burundi (Pater Deogratias): In Burundi herrscht ein Unrechtsregime. Menschen flüchten vor politischer Verfolgung nach Tansania, Ruanda und Uganda. Auch dort kann die Situation leicht kippen. Man muss die Zivilgesellschaft stärken und Interventionen über die Bundesregierung planen, damit sich die Menschenrechtslage in Burundi verbessert. Dr. Simone Höckele-Häfner erörterte in diesem Zusammenhang die beschränkten Handlungsmöglichkeiten des Landes. Das Anliegen solle in die Burundi-Konferenz und – Fachstelle eingebracht werden. Das Burundi-Netzwerk in Baden-Württemberg müsse gestärkt werden.

Hochschulen (Karola Hoffmann)

- Entwicklungspolitik ist an Hochschulen ein Nischenthema. Die SDGs böten eine Gelegenheit, das Thema anzusprechen, Anknüpfungspunkte sind vom Gegenüberabhängig. Bestehende Hochschul-Netzwerke haben das Thema EZ noch kaum aufgegriffen, aber zahlreiche Akteure sind offen und arbeiten an den SDGs. Es gibt keine übergreifende Ansprache für alle Hochschulen.
- Weiter hat sich die Gruppe mit dem Engagement an den Schnittstellen von Hochschulen und Zivilgesellschaft, Kommunen oder Wirtschaft befasst und Gemeinsamkeiten und Unterschiede zusammengefasst. Vernetzung und Schnittstellenarbeit sind wichtig, ein positives Beispiel stellt das Studienbegleitprogramm für ausländische Studierende (STUBE) dar, denn Studierende sind MultiplikatorInnen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit.
- Studierende aus Burundi könnten von der Baden-Württemberg-Stiftung mit dem Baden-Württemberg-Stipendium unterstützt werden, es gebe aber derzeit keine Anfragen. Eine Voraussetzung für das Stipendium seien Deutschkenntnisse. Die Hochschulpromotorin würde

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

zum Thema Unterstützung von ausländischen Studierenden auf die Baden-Württemberg-Stiftung zugehen. Für Anerkennung von Studienleistungen sei die Landesregierung zuständig.

- Karola Hoffmann weist auf eine Möglichkeit eines unbürokratischen Studiums für Flüchtlinge hin: <http://kiron.university/>.
- An den Hochschulen gebe es mittlerweile Ansprechpartner, die für Flüchtlinge zuständig sind. Eine Liste dieser Ansprechpartner und weitere Infos seien bei Karola Hoffmann oder Dr. Christoph Grammer erhältlich.
- Für das Thema Migration und Flucht müsse Lobbying betrieben werden. Die derzeitige Situation könne dies unterstützen.
- Dr. Christoph Grammer ergänzte, dass es zur Unterstützung von Studierenden aus Südländern derzeit drei Initiativen in Baden-Württemberg gebe: das Stipendienprogramm für Syrien-Flüchtlinge, der Nothilfefonds für Studierende, die schon hier sind, aber keine finanzielle Unterstützung mehr von zuhause bekommen, und Koordinatoren in den Regierungsbezirken, die Bedarfe und Regelungsdruck ermitteln.
- In der Gruppe wurde eine gewisse Hilflosigkeit angesichts vorhandener Machtstrukturen konstatiert: Man handle im Kleinen, aber eigentlich müssten die politischen Rahmenbedingungen verändert werden.

Abschlussdiskussion

In der abschließenden Runde stellte Claudia Duppel eine erste Idee des DEAB vor: eine dezentrale Veranstaltungsreihe von Regional- und Fachpromotoren, mit einer Veranstaltung für jedes der 17 SDG-Ziele, um die SDGs bekannt zu machen und die Ziele vertieft kennen zu lernen. Eine Schwierigkeit bestehe darin, dass die Promotoren thematisch nicht alle Ziele abdecken. Deshalb sei der DEAB auf Kooperationspartner angewiesen und wird auf die Akteure des Entwicklungspolitischen Dialogs zukommen. Mehr inhaltliche Kooperation und Fachgespräche seien gewünscht. Die Fachbeiräte sollten dabei auch eine wichtige Rolle spielen. Mehr Fachpromotorenstellen würden vom BMZ nicht genehmigt, solange die anderen Bundesländer nicht mehr Stellen eingerichtet hätten. Für die nächsten drei Jahre bleibe die Situation festgeschrieben.

Mauricio Salazar schlug die Paul-Lechler-Tropenklinik in Tübingen als Partner zum Thema Gesundheit vor.

Kirsten Tretter, Regionalpromotorin Ulm, nimmt als Impuls aus der Klausurtagung mit, Expertise auch über die Region hinaus zu suchen. Umgekehrt sollten auch die RegionalpromotorInnen eingebunden werden, wenn Veranstaltungen in den Regionen geplant werden. Das Bewusstsein für das Netz der Promotoren sollte noch wachsen.

Paulino Miguel ist der Meinung, dass die REZ-Treffen wichtig sind, um voneinander zu erfahren. Deshalb sei der Dialog für die Vernetzung sehr wichtig.

Sigrid Schell-Straub stellte fest, dass es noch viel Potenzial gibt im Zusammenspiel der Promotoren mit anderen Akteuren. Aus der Klausur beziehe sie hilfreiche Informationen, z. B. um Material für Schulen

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

zum Thema Flucht und Migration zu beschaffen. Gut fand sie die Impulse, die SDGs auch kritisch zu hinterfragen.

Elena Muguruza schätzt die Möglichkeit, dass sich die Akteure auf Augenhöhe austauschen und sich gegenseitig besser kennen lernen.

Mauricio Salazar wird aus der Diskussion einige Punkte aufgreifen für die Planung der Entwicklungspolitischen Landeskonferenz im April und einen Vorschlag für das Programm der Konferenz vorlegen. Er dankte allen Anwesenden, dass sie sich die Zeit für diese Klausur genommen haben.

Die nächste entwicklungspolitische Landeskonferenz findet am 02. April 2016 im Rahmen der Messe FAIR HANDELN statt.

Weitere Informationen zum Entwicklungspolitischen Dialog WELT:BÜRGER GEFRAGT! finden Sie unter:

www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt
www.ev-akademie-boll.de

Kontakt:

Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit
Staatsministerium Stuttgart
Richard-Wagner-Straße 15
70184 Stuttgart
0711/2153-0
lez@stm.bwl.de

Evangelische Akademie Bad Boll
Mauricio Salazar, Carmen Ketterl, Conny Matscheko
Akademieweg 11
73087 Bad Boll
Tel. 07164 79-232
weltbuerger@ev-akademie-boll.de

